



**Eisenbahn-Bundesamt**

**Außenstelle Hamburg/Schwerin  
Pestalozzistraße 1  
19053 Schwerin**

**Az. 571ppü/016-2023#001  
Datum: 25.02.2025**

## **Plangenehmigung**

**gemäß § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG**

**für das Vorhaben**

**„EÜ Krons Kamp Ersatzneubau“**

**in der Gemeinde Laage  
im Landkreis Rostock**

**Bahn-km 92,024 bis 92,024**

**der Strecke 6325 Neustrelitz - Warnemünde**

**Vorhabenträgerin:  
DB InfraGO AG  
Infrastrukturprojekte Ost  
Caroline-Michaelis-Str. 5-11  
10115 Berlin**

## Inhaltsverzeichnis

A.	Verfügender Teil .....	4
A.1	Genehmigung des Plans .....	4
A.2	Planunterlagen .....	4
A.3	Besondere Entscheidungen .....	6
A.3.1	Wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen.....	6
A.3.2	Konzentrationswirkung .....	6
A.4	Nebenbestimmungen .....	6
A.4.1	Abweichungen vom Regelwerk .....	6
A.4.2	Wasserwirtschaft und Gewässerschutz .....	6
A.4.3	Naturschutz und Landschaftspflege .....	7
A.4.4	Gebietsschutz („Natura 2000“-Gebiete).....	9
A.4.5	Artenschutz .....	9
A.4.6	Immissionsschutz.....	9
A.4.7	Abfallwirtschaft, Altlasten und Bodenschutz .....	13
A.4.8	Denkmalschutz.....	13
A.4.9	Brand- und Katastrophenschutz .....	14
A.4.10	Öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen .....	14
A.4.11	Straßen, Wege und Zufahrten .....	14
A.4.12	Kampfmittel .....	15
A.4.13	Inanspruchnahme von Grundeigentum und sonstigen Rechten Dritter.....	15
A.4.14	Unterrichtungspflichten.....	16
A.5	Zusagen der Vorhabenträgerin.....	16
A.6	Entscheidung über Einwendungen, Forderungen, Hinweise und Anträge .....	16
A.7	Gebühr und Auslagen .....	16
B.	Begründung .....	17
B.1	Sachverhalt .....	17
B.1.1	Gegenstand des Vorhabens.....	17
B.1.2	Verfahren .....	17
B.2	Verfahrensrechtliche Bewertung.....	17
B.2.1	Rechtsgrundlage .....	17
B.2.2	Zuständigkeit.....	18
B.3	Umweltverträglichkeit .....	18
B.4	Materiell-rechtliche Würdigung des Vorhabens .....	19
B.4.1	Planrechtfertigung .....	19
B.4.2	Abweichungen vom Regelwerk .....	19
B.4.3	Wasserhaushalt - Wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen .....	19
B.4.4	Naturschutz und Landschaftspflege .....	19
B.4.5	Gebietsschutz („Natura 2000“-Gebiet).....	20

B.4.6	Artenschutz .....	20
B.4.7	Immissionsschutz .....	21
B.4.8	Abfallwirtschaft, Altlasten und Bodenschutz .....	25
B.4.9	Denkmalschutz .....	25
B.4.10	Brand- und Katastrophenschutz .....	26
B.4.11	Öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen .....	26
B.4.12	Straßen, Wege und Zufahrten .....	26
B.4.13	Kampfmittel .....	26
B.4.14	Sonstige öffentliche Belange .....	27
B.4.15	Inanspruchnahme von Grundeigentum und sonstigen Rechten Dritter .....	27
B.5	Gesamtabwägung .....	27
B.6	Entscheidung über Gebühr und Auslagen .....	27
C.	Rechtsbehelfsbelehrung .....	28

Auf Antrag der (Vorhabenträgerin) erlässt das Eisenbahn-Bundesamt nach § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) folgende

## Plangenehmigung

### A. Verfügender Teil

#### A.1 Genehmigung des Plans

Der Plan für das Vorhaben Ersatzneubau EÜ Krons-kamp, in der Gemeinde Laage, im Landkreis Rostock, Bahn-km 92,024 bis 92,024 der Strecke 6325, Neustrelitz - Warnemünde, wird mit den in dieser Genehmigung aufgeführten Nebenbestimmungen genehmigt.

Gegenstand des Vorhabens ist im Wesentlichen der 1:1 - Ersatz der alten Eisenbahnüberführung an gleicher Stelle.

#### A.2 Planunterlagen

Der Plan besteht aus folgenden Unterlagen:

Anlage	Unterlagen- bzw. Planbezeichnung	Bemerkung
1	Erläuterungsbericht vom 14.07.2023, (24 Seiten)	genehmigt
2	Übersichtskarten und -pläne vom 14.07.2023, 2.1 Übersichtskarte 2.2 Übersichtslageplan	nur zur Information
3	Lagepläne vom 14.07.2023, 3.1 Lageplan Bestand, Maßstab 1:250 3.2 Lageplan Oberbau, 1:250	genehmigt
4	Bauwerksverzeichnis vom 14.07.2023, (4 Seiten)	genehmigt
5	Grunderwerbspläne vom 14.07.2023 5.1 Ersatzneubau EÜ Krons-kamp; Maßstab 1:200	genehmigt
6	Grunderwerbsverzeichnis vom 14.07.2023 6 Grunderwerbsverzeichnis 04.08.2023 (2 Seiten)	genehmigt
7	Bauwerkspläne vom 14.07.2023 7.1.1 Ansicht von Norden, 1:100 7.1.2 Draufsicht, 1:100	genehmigt genehmigt genehmigt

Anlage	Unterlagen- bzw. Planbezeichnung	Bemerkung
	7.1.3 Schnitte, 1:50 7.2.1 Baugruben und Verbauplan, 1:200, 1. Bauphase 7.2.2 Baugruben und Verbauplan, 1:200, 2. Bauphase	genehmigt genehmigt genehmigt
8	Baustelleneinrichtung- und erschliessung vom 14.07.2023 8.1 Baustelleneinrichtungs- und erschliessungsplan, 1:200	genehmigt genehmigt
9	Kabel- und Leitungspläne 9.1 Kabel- und Leitungsplan, 1:200	nur zur Information
10	Trassierungspläne 10.1 Trassierungslageplan, 1:1.000	nur zur Information
11	Landschaftspflegerischer Begleitplan vom 14.07.2023 11.1 Erläuterungsbericht, (51 Seiten) 11.2 Maßnahmenblätter, (001 bis 017, 34 Seiten) 11.3 Bestands- und Konfliktplan 11.4 Maßnahmenplan	nur zur Information genehmigt nur zur Information
12	FFH-Vorprüfung vom 14.07.2023 12.1 Erläuterungsbericht (31 Seiten) 12.2 Standard-Datenbogen 12.3 Übersichtskarte 12.4 Detailkarte	nur zur Information
13	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vom 14.07.2023 13.1 Erläuterungsbericht (97 Seiten) 13.2 Artenblätter	nur zur Information
14	Schalltechnische Untersuchungen 14.1 Schalltechnische Untersuchung, betriebsbedingte Immissionen (19 Seiten), 14.2 Schalltechnische Untersuchung, baubedingte Immissionen (39 Seiten)	nur zur Information
15	Geotechnischer Bericht 15 Baugrundgutachten, Datum 21.01.2021	nur zur Information
16	Wasserrechtliche Sachverhalte Dimensionierung Bauwasserhaltung (7 Seiten + Anlagen)	nur zur Information
17	Bodenverwertungs- und Entsorgungskonzept (BoVEK), 3 Anlagen	nur zur Information
18	Brand- Katastrophenschutz 18.1 Lageplan, Zuwegungskonzept	nur zur Information
Ordner 3 19-22	Ergänzende Unterlagen 19 EBA Umwelterklärung – Formblatt U5, 20 Zustimmungserklärung der Betroffenen, 21 Verzeichnis der Schlüsselnummern, 22 Stellungnahmen TÖB	nur zur Information

### **A.3 Besondere Entscheidungen**

#### **A.3.1 Wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen**

Der Vorhabenträgerin werden die wasserrechtlichen Erlaubnisse und Bewilligungen für die Benutzung von Gewässern nach Maßgabe der unter **A.4.2** aufgeführten Einzelbestimmungen der unteren Wasserbehörde des Landkreises erteilt.

Die Erlaubnis gilt für die erforderlichen Maßnahmen und ist befristet auf den Zeitraum der Bauausführung.

#### **A.3.2 Konzentrationswirkung**

Durch die Plangenehmigung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt; neben der Plangenehmigung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich (§ 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 Satz 2 Halbsatz 1 VwVfG i. V. m. § 75 Abs. 1 VwVfG).

### **A.4 Nebenbestimmungen**

#### **A.4.1 Abweichungen vom Regelwerk**

Dieser Plangenehmigung liegt entscheidungserheblich die Erklärung der Vorhabenträgerin zugrunde, dass die allgemein anerkannten Regeln der Technik vollumfänglich eingehalten werden, vgl. § 13 Abs. 6 PF-RL.

#### **A.4.2 Wasserwirtschaft und Gewässerschutz**

Zum genannten Planungsvorhaben bestehen aus wasserrechtlicher Sicht, der unteren Wasserbehörde, keine Einwände, wenn folgende Hinweise beachtet werden:

1. Für die Einleitung von gefasstem Niederschlagswasser der Straße in das Gewässer II. Ordnung mit Bezeichnung 10 (Flurstück 280) ist gemäß § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes bei der unteren Wasserbehörde eine Erlaubnis zur Gewässerbenutzung zu beantragen.

2. Das Gewässer II. Ordnung „10“ einschließlich Durchlass DN 400 darf wie beschrieben durch die Baumaßnahme nicht beeinflusst werden.
3. Bei den durchzuführenden Arbeiten ist ein Eindringen von wassergefährdenden Stoffen ins Erdreich und ins Grundwasser auszuschließen.
4. Die notwendigen Grundwasserabsenkungen der Bauphasen 1 und 2 sind genehmigungspflichtig. Das Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser stellen gemäß § 9 Abs.1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 5 des Landeswassergesetzes M-V (LWaG) eine Benutzung dar. Eine Benutzung der Gewässer bedarf nach § 8 WHG einer Erlaubnis.

#### **A.4.3 Naturschutz und Landschaftspflege**

Für das Bauvorhaben wird die umweltfachliche Bauüberwachung angeordnet.

Die umweltfachliche Bauüberwachung hat nach den Maßgaben des „Umwelt-Leitfadens zur eisenbahnrechtlichen Planfeststellung und Plangenehmigung sowie für Magnetschwebebahnen, des EBA zu erfolgen.

Vor Beginn der Bauarbeiten sind der Plangenehmigungsbehörde und der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Rostock, die Person der mit der umweltfachlichen Bauüberwachung betrauten Fachkraft (einschließlich sachdienlicher Angaben zu deren Qualifikation) schriftlich mitzuteilen. Die Berichte der umweltfachlichen Bauüberwachung sind bei der Plangenehmigungsbehörde und der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Rostock vorzulegen.

Die untere Naturschutzbehörde erteilt ihr Benehmen zur Erteilung einer Naturschutzgenehmigung zum oben genannten Vorhaben.

Zur Kompensation von Eingriffen sollen das Ökokonto LRO-090 und LRO-004 genutzt werden. Die Reservierungsbestätigung ist der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.

Folgende Hinweise der unteren Naturschutzbehörde sind zu beachten:

1. Die umweltfachliche Bauüberwachung ist vor Beginn der Vermeidungsmaßnahmen der unteren Naturschutzbehörde namentlich zu benennen.

2. Die in Anspruch zu nehmenden Flächen, sind vor Vorhabenbeginn durch die Umweltfachliche Bauüberwachung freizugeben.
3. Die umweltfachliche Bauüberwachung ist zu dokumentieren und die Dokumentation der unteren Naturschutzbehörde zu übergeben.
4. Das Ergebnis der Fledermaus- und Gebäudebrüteruntersuchung an der Unterführung ist vor Rückbau der unteren Naturschutzbehörde einzureichen. Das weitere Vorgehen ist dann entsprechend der Untersuchungsergebnisse abzustimmen.

Nach § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG darf ein Verwaltungsakt nach pflichtgemäßem Ermessen mit einer Bestimmung, durch die dem Begünstigten ein Tun, Dulden oder Unterlassen vorgeschrieben wird (Auflage) erlassen werden.

Um Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auszuschließen, sind entsprechend genannte Auflagen einzuhalten.

Es wird sich vorbehalten, Ersatzquartiere für Fledermäuse oder Gebäudebrüter für den Rückbau der Eisenbahnüberführung festzusetzen.

Sollten weitere Nachweise über vorgefundene Arten im Vorhabenbereich erbracht werden, sind die im LBP und AFB formulierte Artenschutzmaßnahmen den nachgewiesenen Arten anzupassen oder weitere Maßnahmen zu ergänzen.

Nach § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG darf ein Verwaltungsakt nach pflichtgemäßem Ermessen mit einem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage erlassen werden.

In § 44 Abs. 1 BNatSchG sind die Verbotstatbestände für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten geregelt. Um diesen entgegenzuwirken, sind die genannten Auflagenvorbehalte zu beachten.



#### **A.4.4 Gebietsschutz („Natura 2000“-Gebiete)**

Die EÜ Krons Kamp befindet sich am westlichen Rand des FFH-Gebietes „Recknitz- und Trebeltal mit Zuflüssen“ (DE 1941-301). Das Schutzgebiet grenzt von Osten an die „Alte Dorfstraße“ an; die Hälfte des Untersuchungsraums liegt somit im Schutzgebiet.

Die Sicherung des FFH-Gebietes auf nationaler Ebene erfolgt über die „Landesverordnung über die Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ (Natura 2000-Gebiete-Landesverordnung – Natura 2000-LVO M-V) vom 9. August 2016.

#### **A.4.5 Artenschutz**

Für das Vorhaben wurde ein Artenschutz-Fachbeitrag (ASB) erstellt. Im Ergebnis des ASB ist festzuhalten, dass bei Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen 004\_VA - 012\_VA vorhabenbedingte Verletzungen der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG für die relevanten Arten der Fledermäuse, der Avifauna, der Amphibien und Reptilien vollständig ausgeschlossen werden können.

Die Hinweise der unteren Naturschutzbehörde sind zu beachten und umzusetzen. Ebenfalls mit Verweis auf die **Umsetzung der Maßnahmenblätter** (Unterlage 11.2).

Für die Umsetzung der Hinweise der unteren Naturschutzbehörde und die Umsetzung und Einhaltung der Maßnahmenblätter ist die Vorhabenträgerin verantwortlich.

#### **A.4.6 Immissionsschutz**

##### **A.4.6.1 Baubedingte Lärmimmissionen**

Es sind die Bestimmungen der AVV Baulärm einzuhalten.

Arbeiten zwischen 20:00 Uhr und 07:00 Uhr (Nachtarbeiten) sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen.

##### **Baulärmüberwachung**

Die Vorhabenträgerin hat für die Zeit der Bauausführung insbesondere zur Vorbeugung und Überwachung von durch die Baumaßnahmen hervorgerufenen Immissionen einen Baulärmverantwortlichen (Mitarbeiter einer nach § 29b BImSchG bekannt gegebenen Messstelle oder öffentlich bestellter und vereidigter

Sachverständiger für Immissionsschutz) einzusetzen. Dieser hat u.a. den vom Baulärm Betroffenen vor Ort als Ansprechpartner für Beschwerden zur Verfügung zu stehen. Zu den Aufgaben des BLV gehört u.a.

- Unterstützung der Bauleitung sowie der Baubetriebe bei der Vorbereitung und Durchführung lärmintensiver Arbeiten
- regelmäßige Kontrolle der tatsächlich zum Einsatz gelangenden Maschinen (Maschinenliste; Umweltzeichen bzw. Nachweise über den Schallleistungspegel)
- Überwachung von Lärmschutzmaßnahmen (z.B. Einhaltung von Ruhezeiten)
- Erstellung von detaillierten Prognosen für lärmintensive Bauarbeiten, bei denen eine Überschreitung der Beurteilungspegel von mehr als 60 dB(A) nachts bzw. 70 dB(A) am Tage nicht ausgeschlossen werden kann
- Durchführung des baubegleitenden Lärmmonitorings (messtechnische Überwachung der tatsächlichen Lärmpegel) und zeitnahe Auswertung der Messungen sowie Erarbeiten von Empfehlungen für erforderliche Anpassungen im Bauablauf
- Informationen der Nachbarschaft
- Ansprechpartner für die betroffene Nachbarschaft, Mitarbeiter des EBA sowie Umweltbehörden
- Dokumentation der Tätigkeit des BLV

Name und Erreichbarkeit des BLV sind der Planfeststellungsbehörde und dem Amt Bützow-Land mindestens zwei Wochen vor Baubeginn schriftlich mitzuteilen.

### **Einrichtung und Betrieb der Baustelle und BE-Fläche**

Gemäß § 22 Abs. 1 BImSchG sind die Baustellen und BE-Flächen als nicht genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Die Vorhabenträgerin hat Lärmbelästigungen für Anwohner durch Ausschöpfung aller geeigneten organisatorischen und technischen Maßnahmen zu mindern.

Zum Schutz der Anwohner vor schädlichen Umwelteinwirkungen hat die Vorhabenträgerin insbesondere bei der Einrichtung und dem Betrieb der Baustelle sowie der BE-Fläche alle geeigneten Maßnahmen wie

- sinnvolle Anordnung der lärmintensiven Maschinen

Aufstellen der Baumaschinen mit hohen Schallemissionen soweit wie möglich von schutzbedürftigen Immissionsorten weg.

- Ausnutzung der schallabschirmenden Wirkung von natürlichen und künstlichen Hindernissen (z.B. Gebäuden, Mauern); bewusste Anordnung von Containern, Bodenaushub oder Baumaterial
- Verwendung geräuscharmer Baumaschinen und Bauverfahren  
(Der Schallleistungspegel der eingesetzten Maschinen und Geräte muss dem Stand der Technik genügen, der sich an den Umweltkriterien der EU-Richtlinien orientiert.)
- Ausrüstung der Bauzäune an der BE-Fläche mit Lärmschutzmatten
- Reduzierung der Betriebszeiten der Baumaschinen in der Nacht auf das unbedingt erforderliche Maß; Durchführung der notwendigen lärmintensiven Bautätigkeiten während der Nacht in den Randzeiten (bis 22:00 Uhr bzw. ab 06:00 Uhr)
- Begrenzung der Betriebszeiten lärmintensiver Baumaschinen und Bauverfahren am Tage auf 8 Stunden
- Sensibilisierung der Arbeiter in Bezug auf Baulärm (z.B. „legen“ statt „werfen“; Abstellen der Motoren von unbenutzten Maschinen)

zu ergreifen.

### **Bereitstellung von Ersatzwohnraum**

Den betroffenen Anwohnern steht gegen die Vorhabenträgerin ein Anspruch auf Bereitstellung von Ersatzwohnraum wegen unzumutbarer baubedingter Lärmbeeinträchtigungen für Immissionsorte zu, an welchen nach der detaillierten Baulärmprognose mit einem Beurteilungspegel tags von mehr als 70 dB(A) und nachts von mehr als 60 dB(A) bezogen auf Wohnräume zu rechnen ist. Ersatzwohnraum ist nur an jenen Tagen zu gewähren, an denen einer der vorgenannten Pegel überschritten wird.

Die Vorhabenträgerin hat rechtzeitig vor Eintritt der lärmintensiven Bauphasen die Anspruchsberechtigten schriftlich über ihre Ansprüche auf Ersatzwohnraum zu informieren. Die Art und Dauer der Unterbringung ist jeweils mit dem berechtigten Anwohner zu vereinbaren.

### **Information der Anwohner**

Die Vorhabenträgerin hat den Anliegern die Bauablaufdaten, insbesondere den geplanten Beginn, die Dauer und das geplante Ende der Baumaßnahmen sowie die Durchführung besonders lärm- und erschütterungsintensiver Bautätigkeiten sowie Nachtarbeiten in geeigneter Weise mitzuteilen. Absehbare Abweichungen von dem Zeitplan sind ebenfalls unverzüglich mitzuteilen. Die Benachrichtigung über den Beginn der Bauarbeiten muss mindestens zwei Wochen vor dem vorgesehenen Beginn der Bauarbeiten erfolgen.

In der Information ist ein erreichbarer Ansprechpartner (einschließlich Kontaktdaten) zu benennen.

#### **A.4.6.2 Baubedingte Erschütterungsimmissionen**

Bei den Bauarbeiten ist sicherzustellen, dass die die Anhaltswerte der DIN 4150 Teile 2 und 3 in Verbindung mit der LAI- Leitlinie zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsemissionen nicht überschritten werden.

Vor Beginn der Bauarbeiten ist an den im Beeinflussungsbereich der Baumaßnahme befindlichen Anlagen und Gebäude eine Beweissicherung (Bauzustandsfeststellung) vorzunehmen.

Die von der Vorhabenträgerin am Empfangsgebäude vorgesehenen Überwachungsmessungen sind von einer für Mecklenburg-Vorpommern nach § 26 BImSchG bekanntgegebene Messstelle durchführen zu lassen.

Sollten sich im Zuge der Arbeiten Schäden an der Bausubstanz einstellen, sind die Bauarbeiten sofort abubrechen, um die Bautechnologie zu überprüfen.

In Abhängigkeit von der Intensität sind zusätzliche baubetriebliche Maßnahmen zur Minderung der Belästigungen (Pausen, Ruhezeiten, Betriebsweise der Erschütterungsquellen usw.) vorzusehen.

Erschütterungsintensive Nachtarbeiten sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

Im Übrigen wird auf die im Erläuterungsbericht vorgesehenen Maßnahmen zum Erschütterungsschutz hingewiesen.

#### **A.4.6.3 Stoffliche Immissionen**

Die Vorhabenträgerin hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Dieselruß- und Staubimmissionen so weit wie möglich reduziert werden.

#### **A.4.7 Abfallwirtschaft, Altlasten und Bodenschutz**

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit wurden durch die untere Bodenschutzbehörde die vorgelegten Antragsunterlagen hinsichtlich erkennbarer Differenzen zum Bodenschutzrecht und bezüglich des Bekanntseins von Altlasten auf den angegebenen Grundstücken geprüft.

Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Vorhabensgebiet nicht bekannt.

Sollte bei den Baumaßnahmen verunreinigter Boden oder Altablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle, Bauschutt etc.) angetroffen werden, so sind diese Abfälle vom Abfallbesitzer bzw. vom Grundstückseigentümer einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Diese Abfälle dürfen nicht zur erneuten Bodenverfüllung genutzt werden. Die Forderungen des Baugrundgutachters wurden im Bodenmanagementkonzept umgesetzt.

Gegen die Verwendung von Ersatzfüllstoffen aus zugelassenen Kiesgruben gibt es keine Einwände. Werden Materialien von ortsfremden Baustellen oder Flächen zur Verfüllung verwendet, ist die Schadstofffreiheit durch ein Untersuchungsattest eines zugelassenen Umweltlabors nachzuweisen.

Soweit im Rahmen von Baumaßnahmen Überschussböden anfallen bzw. Bodenmaterial auf dem Grundstück auf- oder eingebracht werden soll, haben die nach § 7 BBodSchG Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen. Die Forderungen der §§ 6 bis 8 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 16.07.2021 sind zu beachten. Auf die Einhaltung der Anforderungen der DIN 19731 wird besonders hingewiesen.

#### **A.4.8 Denkmalschutz**

Baudenkmalpflegerische Belange werden von dem Vorhaben nicht berührt.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Gebiet des o. g. Vorhabens keine Bodendenkmale bekannt. Bei Bauarbeiten können jedoch jederzeit archäologische Funde und Fundstellen entdeckt werden.

Sollten dennoch während der Erdarbeiten archäologische Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 Denkmalschutzgesetz M-V (DSchG M-V) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem

Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

#### **A.4.9 Brand- und Katastrophenschutz**

Gemäß Richtlinie „Anforderungen des Brand- und Katastrophenschutzes an Planung, Bau und Betrieb von Schienenwegen nach AEG“ gilt für Rettungswege eine Mindestbreite von 0,80 m. Die Randwege der Strecke erfüllen diese Anforderungen. Im Zuge der Maßnahme wird für die zweigleisige Strecke bahnlinks eine Böschungstreppe mit einer Breite von 1,60 m und einem Holmgeländer ausgeführt. Diese ist somit im Rettungsfall für den Begegnungsverkehr ausreichend dimensioniert

#### **A.4.10 Öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen**

Die Vorhabenträgerin ist verpflichtet, sich rechtzeitig vor Baubeginn mit den betroffenen Leitungsträgern in Verbindung zu setzen, um Baumaßnahmen, die geeignet sind, den Bestand oder die Funktionsfähigkeit von Kabeln und Leitungen Dritter zu beeinträchtigen, abzustimmen. Die von den Eigentümern und Betreibern der Kabel und Leitungen im Anhörungsverfahren genannten Ansprechpartner sind in die weitere Planung einzubeziehen und die vorgegebenen Termine für Bauanzeigen bzw. Vorabstimmungen sind soweit wie möglich einzuhalten.

Rechtzeitig vor Baubeginn haben sich die Vorhabenträgerin bzw. die von ihr beauftragten Baubetriebe von den betroffenen Leitungsträgern in den vorhandenen Anlagenbestand örtlich einweisen zu lassen.

Bei Arbeiten im Bereich der Kabel und Leitungen sind die auf den Schutz der jeweiligen Anlagen ausgerichteten Sicherheitsbestimmungen bzw. anerkannten Regeln der Technik, Mindestabstände/-abdeckungen und Schutzstreifen/-abstände zu den einzelnen Anlagen einzuhalten und die spezifischen Anforderungen und Hinweise der Leitungsträger zu beachten.

#### **A.4.11 Straßen, Wege und Zufahrten**

Zum vorgenannten Bauvorhaben bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht keine Bedenken.

Bei allen Baumaßnahmen, die Kreisstraßen betreffen, ist das Amt für Straßenbau und Verkehr rechtzeitig vor Beginn einer Baumaßnahme zu beteiligen.

Rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme hat die bauausführende Firma nach § 45 Abs. 6 StVO unter Vorlage eines Regelplanes oder eines Verkehrszeichenplanes von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde die Anordnung nach § 45 Abs. 1 - 3 StVO darüber einzuholen, wie ihre Arbeitsstelle abzusperren und zu kennzeichnen ist, ob und wie der Verkehr, auch bei teilweiser Straßensperrung, zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist, ferner ob und wie sie gesperrte Straßen und eventuelle Umleitungen zu kennzeichnen hat. Sie hat diese Anordnung zu befolgen und Lichtzeichenanlagen zu bedienen.

Der Antrag ist vollständig ausgefüllt und mind. 2 Wochen vor Baubeginn einzureichen. Der Antrag nach § 45 Abs. 6 StVO ist im Internet unter [landkreis-rostock.de](http://landkreis-rostock.de) als pdf-Datei abrufbar.

#### **A.4.12 Kampfmittel**

Eine Kampfmittelbelastungsauskunft liegt mit Datum vom 09.11.2021 vor. Demnach sind dem Kampfmittelkataster des Landes derzeit keine Anhaltspunkte auf latente Kampfmittelgefahren zu entnehmen. Aus Sicht des Munitionsbergungsdienstes besteht kein Erkundungs- und Handlungsbedarf. Gegen die Ausführung der Bauarbeiten bestehen keine Bedenken.

#### **A.4.13 Inanspruchnahme von Grundeigentum und sonstigen Rechten Dritter**

Für die Baustelleneinrichtung, Lagerplätze und Flächen zur Herstellung des Bauwerkes reichen die Flächen der DB AG nicht aus. Weitere Flächen müssen bauzeitlich beansprucht werden. Aufgrund des Grabens auf der bahnrechten Seite sind die BE-Flächen bahnlinks geplant. Die in Anspruch genommenen Flächen sind aus landwirtschaftlicher sowie umweltschutztechnischer Sicht möglichst gering zu halten.

Vor Inanspruchnahme der lt. Grunderwerbsverzeichnis und –plan für die Durchführung der Baumaßnahmen notwendigen Flächen sind, soweit nicht bereits geschehen, rechtzeitig Vereinbarungen zwischen der Vorhabenträgerin und dem jeweiligen Eigentümer zu schließen.

Auf den, für die Bauausführung vorübergehend benötigten Grundstücken hat die Vorhabenträgerin sicherzustellen, dass die durch das Vorhaben verursachten Eingriffe so gering wie möglich gehalten werden und ihr ursprünglicher Zustand so bald wie möglich, spätestens jedoch mit Fertigstellung der Baumaßnahmen wiederhergestellt wird.

Falls eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands eines zur Bauausführung benötigten Grundstücks nicht möglich ist, hat die Vorhabenträgerin in Abstimmung mit den Grundeigentümern die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen und den Grundeigentümer angemessen zu entschädigen.

Für die Entziehung bzw. Belastung von Eigentumsrechten (Grundeigentum) besteht gemäß Art. 14 Abs. 3 Sätze 2 und 3 GG ein Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.

#### **A.4.14 Unterrichtungspflichten**

Die Zeitpunkte des Baubeginns und der Fertigstellung sind dem Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Hamburg/Schwerin, dem Landkreis Rostock und der betroffenen Gemeinde Laage möglichst frühzeitig schriftlich bekannt zu geben.

#### **A.5 Zusagen der Vorhabenträgerin**

Soweit die Vorhabenträgerin im Laufe des Verfahrens Zusagen gemacht oder Absprachen getroffen hat und damit Forderungen und Einwendungen Rechnung getragen hat, sind diese nur insoweit Gegenstand dieser Plangenehmigung, als sie ihren Niederschlag in den genehmigten Planunterlagen gefunden haben oder in der Plangenehmigung nachfolgend dokumentiert sind.

#### **A.6 Entscheidung über Einwendungen, Forderungen, Hinweise und Anträge**

Die Einwendungen der Betroffenen und der sonstigen Einwender sowie die von Behörden und Stellen geäußerten Forderungen, Hinweise und Anträge werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht entsprochen wurde oder sie sich nicht auf andere Weise erledigt haben.

#### **A.7 Gebühr und Auslagen**

Die Gebühr und die Auslagen für das Verfahren trägt die Vorhabenträgerin. Die Höhe der Gebühr und der Auslagen werden in gesonderten Bescheiden festgesetzt.



## **B. Begründung**

### **B.1 Sachverhalt**

#### **B.1.1 Gegenstand des Vorhabens**

Das Bauvorhaben „EÜ Kronsamp Ersatzneubau“ hat im Wesentlichen den 1:1 Ersatzbau der alten Eisenbahnüberführung an gleicher Stelle, mit geringen Abweichungen in den Dimensionen des Bauwerks zum Gegenstand. Dabei soll das komplette Bauwerk vorab in einer Baugrube außerhalb des Bestands hergestellt und dann in einer Sperrpause eingeschoben werden.

Die Eisenbahnüberführung (EÜ) Kronsamp befindet sich auf der elektrifizierten DB-Strecke 6325 von Neustrelitz nach Warnemünde bei Bahn-km 92,024.

#### **B.1.2 Verfahren**

Die DB InfraGO AG, Infarstrukturprojekte Ost, hat mit Schreiben vom 24.08.2023, Az. I.NI-O-A-C 2, eine Entscheidung nach § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG für das Vorhaben „EÜ Kronsamp Ersatzneubau“ beantragt. Der Antrag ist am 28.08.2023 beim Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Hamburg/Schwerin, eingegangen.

Das gegenständliche Vorhaben, Az.: 571ppü/016-2023#001, ist von der UVP-Pflicht freigestellt. Die Feststellung der UVP-Pflicht erfolgt in dieser Fallgruppe anhand gesetzlicher Merkmale aufgrund seiner Art, teilweise mit Prüfwerten. Es handelt sich um ein Änderungsvorhaben (gemäß § 2 Abs. 4 Nr. 2b) UVPG in Form einer Erweiterung einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen nach Nr. 14.8.3 Anlage 1 UVPG mit einer Flächeninanspruchnahme von weniger als 2.000 m<sup>2</sup> (§ 14a Abs. 2 Nr. 3 UVPG unterhalb der Prüfwerte von Nr. 14.8.3.2 Anlage 1 UVPG).

Das Eisenbahn-Bundesamt hat im Plangenehmigungsverfahren Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingeholt.

### **B.2 Verfahrensrechtliche Bewertung**

#### **B.2.1 Rechtsgrundlage**

Rechtsgrundlage für die vorliegende planungsrechtliche Entscheidung ist § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG. Betriebsanlagen einer Eisenbahn einschließlich der

Bahnfernstromleitungen dürfen nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt ist. Bei der Planfeststellung sind die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen.

An Stelle eines Planfeststellungsbeschlusses kann gemäß § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG eine Plangenehmigung erteilt werden, wenn

1. Rechte anderer nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt werden oder die Betroffenen sich mit der Inanspruchnahme ihres Eigentums oder eines anderen Rechts schriftlich einverstanden erklärt haben,
2. mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt wird, das Benehmen hergestellt worden ist und
3. nicht andere Rechtsvorschriften eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben, die den Anforderungen des § 73 Abs. 3 Satz 1 und Absatz 4 bis 7 VwVfG entsprechen muss.

### **B.2.2 Zuständigkeit**

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Gesetz über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (BEVVG) ist das Eisenbahn-Bundesamt für den Erlass einer planungsrechtlichen Entscheidung nach § 18 Abs. 1 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG für Betriebsanlagen von Eisenbahnen des Bundes zuständig. Das Vorhaben bezieht sich auf Betriebsanlagen der Eisenbahninfrastrukturbetreiberin .

### **B.3 Umweltverträglichkeit**

Gemäß §§ 5 ff. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sind die dort in Bezug genommenen Vorhaben einem sogenannten Screening-Verfahren (einer Vorprüfung des Einzelfalles, ob zur Genehmigung des Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist) zu unterziehen.

Das antragsgegenständliche Verfahren betrifft den Bau einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen im Sinne von Nr. 14.8 der Anlage 1 zum UVPG. Daher war eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 3c Satz 1 UVPG durchzuführen.

Das Eisenbahn-Bundesamt hat festgestellt, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen ausgehen, so dass eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

## **B.4 Materiell-rechtliche Würdigung des Vorhabens**

### **B.4.1 Planrechtfertigung**

Das Vorhaben - Ersatzneubau der Eisenbahnüberführung, EÜ Krons Kamp - soll in erster Linie der Aufrechterhaltung der Eisenbahnbetriebssicherheit und Funktionstüchtigkeit der Eisenbahninfrastruktur der Strecke 6325 Neustrelitz – Warnemünde dienen. Außerdem soll damit auch eine langfristige Verfügbarkeit der betreffenden Eisenbahninfrastruktur als Voraussetzung für eine hohe Qualität in der Betriebsabwicklung und der Fahrplanstabilität erreicht werden.

Das Vorhaben ist damit „vernünftigerweise geboten“ im Sinne des Fachplanungsrechts.

### **B.4.2 Abweichungen vom Regelwerk**

Dieser Plangenehmigung liegt entscheidungserheblich die Erklärung der Vorhabenträgerin zugrunde, dass die allgemein anerkannten Regeln der Technik vollumfänglich eingehalten werden, vgl. § 13 Abs. 6 PF-RL.

### **B.4.3 Wasserhaushalt - Wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen**

Durch den Ersatzneubau der Eisenbahnüberführung kommt es zu keinen Eingriffen in Gewässer I. und II. Ordnung ausgeprägte Oberflächengewässer werden nicht beeinträchtigt. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken, solange dieses gemäß den eingereichten Unterlagen sowie unter Einhaltung und Beachtung der unten aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweise umgesetzt wird.

Die untere Wasserbehörde des Landkreises Rostock hat mitgewirkt und zugestimmt.

### **B.4.4 Naturschutz und Landschaftspflege**

Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Rostock hat mitgewirkt und erteilt ihr Benehmen zur Erteilung einer Naturschutzgenehmigung.

Die Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach §§ 13 ff. BNatSchG steht dem planfestgestellten Vorhaben nicht entgegen. Der Eingriff in Natur und Landschaft wird gem. § 15 Abs. 5 BNatSchG zugelassen.

Gemäß § 15 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der

Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen. Der Eingriff darf nicht zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen sind und die Belange des Naturschutzes und der Landschaft anderen Belangen im Rang vorgehen.

Voraussetzung für die Prüfung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung ist die Erfassung und Bewertung des konkreten Bestandes von Natur und Landschaft im Wirkungsbereich des Vorhabens.

Die Vorhabenträgerin hat als Bestandteil ihres Planes einen Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) vorgelegt. Im Erläuterungsbericht zum Landschaftspflegerischen Begleitplan sind die für den Naturhaushalt und seine einzelnen Bestandteile (Boden; Wasser; Klima/Luft; Flora, Fauna, Biotope; Landschaftsbild) zu erwartenden Wirkungen nachvollziehbar beschrieben, bewertet und die erforderlichen Maßnahmen zur Kompensation von Beeinträchtigungen erarbeitet. Die Konflikte und Maßnahmen sind in Maßnahmeblättern und Plänen zum LBP dargestellt.

Die gegenständliche Planung unterlässt vermeidbare Beeinträchtigungen. Die Maßnahmenblätter werden mit dieser Genehmigung festgestellt.

#### **B.4.5 Gebietsschutz („Natura 2000“-Gebiet)**

Der Großteil der BE-Fläche befindet sich innerhalb des FFH- Gebietes „Recknitz- und Trebeltal mit Zuflüssen“ (DE 1941-301). Eine Verlegung der BE-Fläche konnte nicht umgesetzt werden, da die Errichtung der Baugrube und der BE-Fläche aufgrund des Grabens auf der bahnrechten Seite nur auf der bahnlinken Seite (südlich der EÜ) möglich ist. Zudem ist für die ehemals landwirtschaftliche genutzte Fläche südwestlich der EÜ, auf der die BE-Fläche ursprünglich errichtet werden sollte, eine Nutzung durch eine Photovoltaikanlage vorgesehen.

#### **B.4.6 Artenschutz**

Das Vorhaben ist bei Einhaltung der Nebenbestimmungen mit artenschutzrechtlichen Anforderungen vereinbar.

Die Maßnahmenblätter werden mit dem Plan festgestellt.

## **B.4.7 Immissionsschutz**

### **B.4.7.1 Baubedingte Lärmimmissionen**

Es sind die Bestimmungen der AVV Baulärm einzuhalten.

Arbeiten zwischen 20:00 Uhr und 07:00 Uhr (Nachtarbeiten) sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen.

Die Vorhabenträgerin hat für die Zeit der Bauausführung insbesondere zur Überwachung und Vorbeugung durch die Baumaßnahmen hervorgerufener Immissionen einen Baulärmverantwortlichen (Mitarbeiter einer nach § 29 b BImSchG bekannt gegebenen Messstelle oder öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Immissionsschutz) einzusetzen. Dieser steht auch von Baulärm und bauzeitlichen Erschütterungen Betroffenen vor Ort als Ansprechpartner für Beschwerden zur Verfügung.

Zu den Aufgaben des BLV gehört u.a.:

- Unterstützung der Bauleitung sowie der Baubetriebe bei der Vorbereitung und Durchführung lärmintensiver Arbeiten
- regelmäßige Kontrolle der tatsächlich zum Einsatz gelangenden Maschinen (Maschinenliste; Umweltzeichen bzw. Nachweise über den Schallleistungspegel)
- Überwachung von Lärmschutzmaßnahmen (z.B. Einhaltung von Ruhezeiten)
- Erstellung von detaillierten Prognosen für lärmintensive Bauarbeiten
- Durchführung von Überwachungsmessungen im Falle von lärmintensiven Nacharbeiten
- Informationen der Nachbarschaft
- Ansprechpartner für die betroffene Nachbarschaft, Mitarbeiter des Eisenbahn-Bundesamts sowie Umweltbehörden
- Dokumentation der Tätigkeit des BLV
- Name und Erreichbarkeit des BLV sind der Planfeststellungsbehörde mindestens zwei Wochen vor Baubeginn schriftlich mitzuteilen.

Gemäß § 22 Abs. 1 BImSchG sind die Baustellen und BE-Flächen als nicht genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche

Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Die Vorhabenträgerin hat Lärmbelästigungen für Anwohner durch Ausschöpfung aller geeigneten organisatorischen und technischen Maßnahmen zu mindern.

Zum Schutz der Anwohner vor schädlichen Umwelteinwirkungen hat die Vorhabenträgerin insbesondere bei der Einrichtung der Baustellen und BE-Flächen alle geeigneten Maßnahmen wie beispielsweise:

- sinnvolle Anordnung von lärmintensiven Maschinen
- Aufstellen von Baumaschinen mit hohen Schallemissionen soweit wie möglich von schutzbedürftigen Immissionsorten weg
- Ausnutzung der schallabschirmenden Wirkung von natürlichen und künstlichen Hindernissen (z.B. Bodenerhebungen, Gebäuden, Mauern); bewusste Anordnung von Containern, Bodenaushub oder Baumaterial
- Verwendung von Schallschirmen, Schallschürzen und Schallschutzzelten zur Abschirmung besonders lauter Baumaschinen und -geräte
- Verwendung geräuscharmer Baumaschinen und Bauverfahren  
(Der Schallleistungspegel der eingesetzten Maschinen und Geräte muss dem Stand der Technik genügen, der sich an den Umweltkriterien der EU-Richtlinien orientiert.)

zu nutzen.

Sofern die für die einzelnen Baumaßnahmen prognostizierten hohen Pegel nicht im Ergebnis der detaillierten Prognose signifikant gesenkt werden können, sind die im „Schalltechnischen Gutachten zur Ermittlung und Bewertung der Baulärmimmissionen“ (Anlage 19, Tabelle 6) vorgeschlagene der Beschränkung der Einsatzzeiten von lärmintensiven Baumaschinen auf  $\leq 8$  Stunden pro Tag und Begrenzung des gleichzeitigen Einsatzes mehrerer Baumaschinen umzusetzen.

Die Vorhabenträgerin ist verpflichtet, rechtzeitig vor dem Beginn lärmintensiver Bauarbeiten anhand der genauen Bauabläufe und der einzusetzenden Maschinen schalltechnische Prognosen (detaillierte Prognose) zu erstellen.

Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind für alle Gebäudefassaden etagengenau („Immissionsorte“) die Tage gesondert auszuweisen, an denen der Beurteilungspegel den jeweils heranzuziehendem Immissionsrichtwert nach Nr. 3.1.1 der AVV Baulärm

überschreitet. Dabei ist der jeweils ermittelte zugehörige Beurteilungspegel mit anzugeben

Die berechneten Beurteilungspegel sowie die baubegleitende Prüfung einer möglichen weiteren Konfliktreduzierung sind zu dokumentieren, aufzubewahren und auf Verlangen der Planfeststellungsbehörde bzw. der Immissionsschutzbehörde vorzulegen.

Den betroffenen Anwohnern steht gegen den Vorhabenträger grundsätzlich ein Anspruch auf Bereitstellung von Ersatzwohnraum wegen unzumutbarer baubedingter Lärmbeeinträchtigungen zu für Immissionsrichtwerte mit einem Beurteilungspegel tags von mehr als 70 dB(A) bezogen auf Wohnräume.

Den betroffenen Anwohnern steht gegen den Vorhabenträger grundsätzlich ein Anspruch auf Bereitstellung von Ersatzwohnraum in dem Falle zu, dass der Beurteilungspegel den jeweils heranzuziehenden Immissionsrichtwert nachts nach Nr. 3.1.1 der AVV Baulärm überschreitet. Ausnahmsweise kann dieser Anspruch entfallen bei unbedingt erforderlichen Nachtarbeiten, die nicht länger als zwei aufeinanderfolgende Nächte andauern und bei denen an den betreffenden Immissionsorten der Beurteilungspegel 60 dB(A) nicht überschritten wird.

Den betroffenen Eigentümern steht gegen die Vorhabenträger ein Anspruch auf Zahlung einer angemessenen Entschädigung in Geld wegen unzumutbarer baubedingter Lärmbeeinträchtigungen in folgenden Fällen zu:

- für Immissionsorte für die Anzahl der Tage mit einem Beurteilungspegel tags von mehr als 67 dB(A) bezogen auf Wohnräume,
- für Immissionsorte nach vorstehender Nr. 1 für die Anzahl der Tage mit einem Beurteilungspegel von mehr als 72 dB(A) bezogen auf Büro- und Gewerberäume ohne Eigenlärm.

Der Anspruch entfällt jedoch für Tage, an denen Ersatzwohnraum bereitgestellt wurde.

Bei der Bemessung der Entschädigungshöhe sind zu berücksichtigen:

die Höhe der Überschreitung der gem. vorstehender Nr. 2. b) Ziff. 1 bis 4 jeweils zutreffenden Werte durch den Baulärmpegel als energieäquivalenter Mittelwert der nach Nr. 1 ermittelten Baulärmpegel. In diese Mittelung einzubeziehen sind ausschließlich die Pegel, die die unter Nr. 2. b) Ziff. 1 bis 4 genannten Werte überschreiten,

die Anzahl der Tage, die in diese Mittelung eingeflossen sind. Tage, an denen Ersatzwohnraum nach Nr. 2. a) bereitgestellt wird, sind hierbei nicht zu berücksichtigen.

Die Höhe der Entschädigung ist mit dem Eigentümer zu vereinbaren. Soweit der Anspruchsberechtigte und die Vorhabenträger über die Höhe der Entschädigung keine Einigung erzielen, erfolgt eine Entscheidung in einem gesonderten Entschädigungsverfahren durch die nach Landesrecht zuständige Behörde.

Die Vorhabenträgerin hat die Bauablaufdaten, insbesondere den geplanten Beginn, die Dauer und das geplante Ende der Baumaßnahmen sowie die Durchführung besonders lärm- und erschütterungsintensiver Bautätigkeiten sowie Nacharbeiten den Anliegern in geeigneter Weise mitzuteilen. Absehbare Abweichungen von dem Zeitplan sind ebenfalls unverzüglich mitzuteilen. Die Benachrichtigung über den Beginn der Bauarbeiten muss mindestens zwei Wochen vor dem vorgesehenen Beginn der Bauarbeiten erfolgen.

In der Information ist ein erreichbarer Ansprechpartner (einschließlich Kontaktdaten) zu benennen.

#### **B.4.7.2 Baubedingte Erschütterungsimmissionen**

Bei den Bauarbeiten ist sicherzustellen, dass die die Anhaltswerte der DIN 4150 Teile 2 und 3 in Verbindung mit der LAI- Leitlinie zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsemissionen (Nr. 5 ff.) nicht überschritten werden.

Schwingungsintensive Bauarbeiten sind auszuschließen. Es sind erschütterungsarme Verfahren anzuwenden.

Vor und während des gesamten Zeitraums der erschütterungsrelevanten Arbeiten sind an repräsentativen Gebäuden Überwachungsmessungen von einer für Mecklenburg-Vorpommern nach § 26 BImSchG bekannt gegebener Messstelle durchführen zu lassen (Dauerüberwachung).

Sollten sich im Zuge dieser Arbeiten Schäden an der Bausubstanz einstellen, sind die Bauarbeiten sofort abubrechen, um die Bautechnologie zu überprüfen.

Über bevorstehende erschütterungsrelevante Arbeiten sind die Anwohner vorab zu informieren. Dabei ist eine Ansprechstelle zu benennen, an die sich die Betroffenen wenden können, wenn sie Probleme durch Erschütterungseinwirkungen haben.



In Abhängigkeit von der Intensität sind zusätzliche baubetriebliche Maßnahmen zur Minderung der Belästigungen (Pausen, Ruhezeiten, Betriebsweise der Erschütterungsquellen usw.) vorzusehen.

An den im Beeinflussungsbereich der Baumaßnahme befindlichen Anlagen und Gebäude ist eine Beweissicherung (Bauzustandsfeststellung) vorzunehmen.

Im Rahmen der Ausführungsplanung und Baudurchführungen sind Vorkehrungen zu treffen, um die Erschütterungen aus dem Bauverkehr zu begrenzen. Dazu sind u.a. die Möglichkeiten von alternativen Materialtransporten per Bahn auszuschöpfen, eine deutliche Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit für Baufahrzeuge ist zu prüfen und unnötige Fahrten von Baufahrzeugen wirksam auszuschließen.

#### **B.4.7.3 Stoffliche Immissionen**

Die Vorhabenträgerin hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Dieselruß- und Staubimmissionen so weit wie möglich reduziert werden.

#### **B.4.8 Abfallwirtschaft, Altlasten und Bodenschutz**

Die Vorhabenträgerin hat dafür zu sorgen, dass Bauabfälle stofflich verwertet bzw. zugelassenen Abfallbeseitigungsanlagen angedient werden.

#### **B.4.9 Denkmalschutz**

Die untere Denkmalschutzbehörde hat mitgewirkt. Baudenkmalpflegerische Belange werden von dem Vorhaben nicht berührt.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Gebiet des o. g. Vorhabens keine Bodendenkmale bekannt. Bei Bauarbeiten können jedoch jederzeit archäologische Funde und Fundstellen entdeckt werden.

Sollten dennoch während der Erdarbeiten archäologische Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 Denkmalschutzgesetz M-V (DSchG M-V) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

#### **B.4.10 Brand- und Katastrophenschutz**

Eine Kampfmittelbelastungsauskunft liegt mit Datum vom 09.11.2021 vor. Demnach sind dem Kampfmittelkataster des Landes derzeit keine Anhaltspunkte auf latente Kampfmittelgefahren zu entnehmen. Aus Sicht des Munitionsbergungsdienstes besteht derzeit kein Erkundungs- und Handlungsbedarf. Gegen die Ausführung der Bauarbeiten bestehen keine Bedenken.

#### **B.4.11 Öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen**

Im Baubereich befinden sich öffentliche Versorgungsleitungen. Änderungen an diesen Anlagen sind im Zuge der Realisierung des Bauvorhabens nicht beabsichtigt.

Dessen ungeachtet sind zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit und Funktionssicherheit der Leitungen Abstimmungen mit den Leitungsträgern erforderlich. Die im Verfahren abgegebenen Stellungnahmen der Leitungsträger werden der Vorhabenträgerin übergeben. Über die Nebenbestimmungen in dieser Plangenehmigung wird die Vorhabenträgerin verpflichtet, den darin enthaltenen Forderungen nachzukommen. Die unter A.4.10 erlassene Nebenbestimmung stellt sicher, dass die Interessen der Anlagenbetreiber und der Öffentlichkeit gewahrt werden.

Kostenentscheidungen waren nicht zu treffen.

#### **B.4.12 Straßen, Wege und Zufahrten**

Zum vorgenannten Bauvorhaben bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht keine Bedenken.

Bei allen Baumaßnahmen, die Kreisstraßen betreffen, ist das Amt für Straßenbau und Verkehr rechtzeitig vor Beginn einer Baumaßnahme zu beteiligen.

#### **B.4.13 Kampfmittel**

Das Landesamt für Zentrale Aufgaben und Technik der Polizei (LBPK M-V) hat mitgewirkt und eine Stellungnahme abgegeben. Danach ist der vorgesehene Baubereich nicht als kampfmittelbelastetes Gebiet bekannt.

Die Nebenbestimmung unter A.4.12 dieses Beschlusses hat insoweit nur hinweisenden Charakter. Den Hinweis darauf, dass Munitionsfunde nicht auszuschließen sind, hat die Vorhabenträgerin zur Kenntnis genommen.

#### **B.4.14 Sonstige öffentliche Belange**

Die zuständigen Ämter und Gemeinden wurden beteiligt und haben mitgewirkt.

Das Vorhaben ist mit deren Belangen vereinbar.

#### **B.4.15 Inanspruchnahme von Grundeigentum und sonstigen Rechten Dritter**

Für das Bauvorhaben ist Grunderwerb erforderlich. Der Umfang dieser Grundstücksbelastungen ist aus den Grunderwerbsunterlagen (Grunderwerbsverzeichnis und –plan) ersichtlich. Betroffen sind ausschließlich Flurstücke der öffentlichen Hand.

Die betroffenen Grundeigentümer haben ihr schriftliches Einverständnis zur jeweiligen Inanspruchnahme erklärt

#### **B.5 Gesamtabwägung**

Am antragsgegenständlichen Vorhaben besteht ein öffentliches Interesse. Die Planfeststellungsbehörde hat die unterschiedlichen öffentlichen und privaten Belange ermittelt, alle Belange in die Abwägung eingestellt und diese gegeneinander und untereinander abgewogen. Durch die Planung der Vorhabenträgerin sowie die in dieser Plangenehmigung verfügten Nebenbestimmungen konnte sichergestellt werden, dass keine öffentlichen Belange und privaten Rechte in unzumutbarer Weise beeinträchtigt werden.

#### **B.6 Entscheidung über Gebühr und Auslagen**

Die Entscheidung über die Gebühren und Auslagen beruht auf § 1 i. V. m. § 22 Abs. 3 und 4 des Bundesgebührengesetzes (BGebG) i. V. m. der besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen des Eisenbahn-Bundesamtes (Besondere Gebührenverordnung Eisenbahn-Bundesamt – EBA BGebV). Über die Höhe ergehen gesonderte Bescheide.

### **C. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die vorstehende Plangenehmigung kann innerhalb eines Monats nach  
Zustellung Klage beim

**Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern**

**Domstraße 7**

**17489 Greifswald**

erhoben werden.

Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab Klageerhebung die zur  
Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben.

**Eisenbahn-Bundesamt**

**Außenstelle Hamburg/Schwerin**

**Schwerin, den 25.02.2025**

**Az. 571ppü/016-2023#001**

**EVH-Nr. 3502017**

Im Auftrag

(Dienstsiegel)